

NIEDERSCHRIFT  Stadt Karlsruhe	Gremium:	57. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	21. Januar 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

20.

**Punkt 20 der Tagesordnung: Dauerhafte Beschäftigung der Stromspar-Partner  
Antrag der Stadträtinnen Doris Baitinger, Gisela Fischer und Yvette Melchien  
(SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 28. November 2013  
Vorlage: 2013/0258**

**Beschluss:**

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Überweisung in den Sozialausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 20 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Das Projekt Stromsparpartner ist für die Stadt Karlsruhe ein Vorzeigeprojekt, das soziale, ökologische und ökonomische Ziele sehr gut verbindet. Diese vollkommen zutreffende und gelungene Formulierung stammt nicht von mir oder meiner Fraktion, sondern man kann sie der Stellungnahme der Verwaltung auf Seite 2 entnehmen. Wenn dem so ist, dass das Projekt Stromsparpartner für unsere Stadt ein Projekt mit Vorzeigecharakter darstellt, welche soziale, ökonomische und ökologische Ziele sehr gut miteinander verbindet, stellt sich uns als Gemeinderat die Frage, wie wir mit diesem Projekt nach Ende der staatlichen Förderung verfahren wollen.

Die Bedeutung und Wirksamkeit des Projekts Stromsparpartner wird, so denke ich, von niemandem in Frage gestellt. 1 700 einkommensschwache Haushalte haben bisher von der Beratung profitiert. Einsparungen pro Haushalt in Höhe von 100 Euro entlasten auch uns als Stadt bei der Finanzierung der Haushaltsnebenkosten. Weitere Einsparungen durch Kühlgerätetausch in zahlreichen Haushalten müssen zur Erfolgsbilanz hinzugezählt werden. Die Bedeutung der Tatsache, dass sieben ehemalige Langzeitarbeitslose im Rahmen dieses Projekts einer wertvollen Tätigkeit nachgehen, ist nicht hoch genug zu bewerten, in erster Linie für diese Menschen und ihre Familien, aber auch für den Steuerzahler und das Allgemeinwesen. Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, an dieser Stelle ist diese oft strapazierte Forderung Wirklichkeit geworden.

In der Vorbereitung auf diesen Redebeitrag, der mir sehr wichtig ist, weil ich dieses Projekt für sehr wichtig halte, wollte ich ursprünglich an dieser Stelle sagen, dass wir uns als Stadt nun, wo nun die staatliche Finanzierung der Personalkosten wegfällt, fragen müssen, ob wir es uns nicht leisten wollen, dieses wichtige, gute und zukunftsweisende Projekt als Kommune weiter zu finanzieren. Allerdings erscheint mir, wenn ich betrachte, was das Projekt auf der Habenseite zu bieten hat, die Formulierung, ob wir es uns leisten wollen, als absolut unzutreffend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, viel mehr, so denke ich, müssen wir uns fragen, können wir es uns leisten, dieses Projekt nicht fortzuführen, auf authentische Beratung einkommensschwacher Haushalte, auf weitere Einsparungen bei den Haushaltsnebenkosten, auf mehr Energieeffizienz und damit auf mehr Klimaschutz in unserer Stadt zu verzichten. Ich denke nicht, dass wir uns das leisten können, und ich hoffe nicht, dass wir es tun werden.

Entscheidend heute ist unter den Gesichtspunkten Umweltschutz und sozialer Arbeitsmarkt, dass wir als Gemeinderat beschließen, dass das Projekt Stromsparerpartner weiterlebt, dass diese Menschen über das Frühjahr 2014 hinaus weiterbeschäftigt werden und ihre wichtige Arbeit fortsetzen können. Sowohl Umweltschutz wie auch soziale Projekte machen wenig Sinn, wenn sie nur kurzfristig und kurzzeitig zur Anwendung kommen. Ausnahmslos jeder spricht und fordert Nachhaltigkeit und nachhaltiges Verhalten ein. Lassen Sie uns nachhaltig sein, die Energieberatung im Rahmen der Arbeit der Stromsparerpartner weiterführen, und lassen Sie uns den Beschäftigten eine Perspektive geben. Es ist nur schwer nachvollziehbar, dass eingestellte Mittel aus dem Karlsruher Klimaschutzfonds nicht abgerufen werden und gleichzeitig ein so wichtiges Projekt aus dem Bereich des Klimaschutzes nicht weitergeführt werden kann. Auch eine Finanzierung unter dem Gesichtspunkt Investition in den sozialen Arbeitsmarkt würden wir für gerechtfertigt halten.

Lassen Sie uns heute gemeinsam diese wichtige Entscheidung treffen und zeigen, dass der Karlsruher Gemeinderat nachhaltig handelt - im Interesse der Menschen, im Interesse des Klimas und im Interesse unserer Stadt. Ich bitte um Ihre Unterstützung für diesen Antrag.

(Beifall bei der SPD)

**Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU):** Kollegin Melchien hat ein flammendes Plädoyer, jetzt schon zu später Stunde, zugunsten der Stromsparerpartner gehalten, und ich denke, grundsätzlich zu Recht gehalten, weil das Projekt auch von der CDU-Fraktion sehr begrüßt wird. Auch wir haben uns in der Vergangenheit in dieser Sache engagiert, weil hier wirklich Vorteile sowohl im ökologischen als auch im sozialen Bereich Hand in Hand gehen.

Nur eines, Frau Melchien, ihr habt noch keine Lösung. Das ist das Problem, das wir haben. Alles, was Sie inhaltlich gesagt haben, unterstreichen wir sofort. Ich finde auch, dass man in der Vorlage z. B. den Bereich „Was wird denn auf der Seite, da, wo das Sozialamt eigentlich zahlen muss, ‚eingespart?‘“, etwas zu dünn dargestellt hat. Man liest, wir sparen bei der Finanzierung der Haushaltsnebenkosten, aber um welche Be-

träge handelt es sich? Ist das adäquat? Man muss es sehen, es ist ein anderer TOP. Wir haben die Diskussion schon einmal bei einer anderen Konstellation gehabt. Es sind alles Steuergelder, und man muss es in der Gesamtheit sehen. Deswegen wäre unser Anliegen, dass das Thema „Wie geht es weiter mit den Strompartnern?“ in einem zuständigen Ausschuss vertiefend diskutiert wird. Ich könnte mir vorstellen, dass der Klimaschutzfonds da eine Möglichkeit wäre, mittelfristig als Brücke zu dienen, um da eine Lösung zu finden. Ich könnte mir auch vorstellen - und wir kommen später noch zu dem Thema „Europäische Fonds“ -, dass wir die Möglichkeit haben, Mittel aus dem europäischen Sozialfonds für diese Aufgabe abzurufen, weil genau solche Projekte aus diesem Topf gespeist werden. Das sind aber viele Detailfragen, die kann ich im Moment nicht beantworten. Deswegen sehe ich im Moment noch keine Lösung am Horizont.

Ich möchte jetzt aber auch nicht sagen, Frau Melchien, wir machen es, ohne eine konkrete Lösung, ohne konkrete Zahlen zu haben, ich möchte aber auch nicht sagen, wir machen gar nichts. Der Antrag der CDU wäre Verweisung in den zuständigen Ausschuss. Ich bitte dann darum, dass die fehlenden Unterlagen, welche Möglichkeiten besteht, Fördermittel abzurufen, dargestellt wird, wie die Einsparungen sind, die die Familien damit erwirtschaften, wo das Sozialamt entlastet wird.

Das Dritte, was mich noch interessiert, ist die Konkurrenz zu den Stadtwerken, weil wir natürlich bei der Präsentation oder auch bei den Gesprächen mit den Strompartnern schon festgestellt haben, die gehen nicht zu der Beratung in die Stadtwerke, denn von denen bekommen sie die Mahnung. Da geht doch keiner hin. Ich lasse mich doch nicht von meinem Mahnenden beraten. Das ist eine ganz andere Ausrichtung, es ist eine ganz andere Klientel. Vielleicht kriegt man auch eine Kooperation mit den Stadtwerken hin, vielleicht ist es auch eine Kombination aus verschiedenen finanziellen Strömen. Hier ist ein bisschen Fantasie gefordert. Wenn aber alle an einem Strang ziehen, kriegen wir ein Ergebnis hin, und wir würden uns freuen, das noch einmal vertiefend im Ausschuss beraten zu können.

(Beifall bei der CDU)

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Die Grünen unterstützen den Antrag der SPD. Die Antwort der Stadtverwaltung liest sich anfänglich sehr gut, und man ist durchaus der Meinung, dass es etwas werden könnte. Aber leider wird die Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Ende hin immer blutleerer. Fangen wir mit der angeblichen Konkurrenzsituation zu den Stadtwerken an.

Die Stromsparerpartner gibt es ihrer Form schon seit 3 1/2 Jahren. In dieser Zeit haben wir niemals einen Mucks von den Stadtwerken gehört. Das lässt uns zu der Erkenntnis kommen, dass die Konkurrenz doch nicht so schlimm war. Wir sehen in den Stromsparerpartnern eine willkommene neutrale Ergänzung zu dem Kundencenter der Stadtwerke, denn mit den Stromsparerpartnerinnen werden Leute erreicht, die vielleicht niemals ein Kundencenter aufsuchen würden.

**(Stadträtin Fromm/FDP: Warum denn nicht?)**

- Sie sind sozial Aufsuchende!

Kritiker könnten sich fragen, warum gerade die Stromsparpartner und nicht andere Beschäftigte auf Bürgerarbeitsplätzen. Diese Kritik ist bedingt richtig, wir möchten aber auch anmerken, dass diese Mitarbeiterinnen, wie schon von der Stadtverwaltung beschrieben, soziale, ökologische und ökonomische Ziele in vorzüglicher Art und Weise verbinden. Wir Grüne halten es darüber hinaus für eine moralische und politische Verpflichtung, die Institution der Stromsparpartner und die dazugehörigen Mitarbeiterinnen, mit denen die Stadt Karlsruhe schon seit Jahren wirbt, endlich in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Aus diesen und anderen Gründen fordern wir die Stadtverwaltung auf zu prüfen, wie eine dauerhafte Beschäftigung der Stromsparpartnerinnen gewährleistet werden kann.

Zur Rede meiner SPD-Kollegin Frau Melchien: Wir sehen die Finanzierung über den Klimaschutzfonds, wie schon beim City-Bike, sehr kritisch. Wir sind damit einverstanden, dass die Problematik in den zuständigen Fachausschuss verwiesen wird.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadtrat Hock (FDP):** Im Gegenteil, es wird nicht blutleerer, es wird konkreter am Ende, nicht blutleer, sondern konkreter: dauerhafte Konkurrenzsituation zum Beratungsangebot der Stadtwerke, keine städtische Haushaltsmittel, keine Stellen da. Nein, es wird ganz konkret. Die Aussage der Verwaltung sagt klipp und klar, wir hatten ein Projekt, das war zeitlich begrenzt, es wurde gefördert. Das haben wir angenommen, und das war auch richtig, obwohl meine Fraktion damals auch schon gesagt hat, man sieht es skeptisch, denn es wird der Tag kommen, wo wir genau über diese Damen und Herren reden müssen. Dieser Tag ist heute da. Ich muss ganz ehrlich sagen, die Beratungsstelle der Stadtwerke gibt das auch her. Ich will keine Konkurrenzsituation zu den Stadtwerken aufbauen. Wir könnten gut damit leben, wenn man sagt, man wird es im Ausschuss noch einmal beraten. Ich glaube nicht, dass im Ausschuss eine andere Entscheidung fällt als die, die man heute treffen könnte.

Meine Fraktion sieht es ganz klar. Wir würden der Verwaltungsvorlage heute zustimmen und diese Projekte auslaufen lassen.

(Beifall bei der FDP)

**Stadträtin Döring (KAL):** Ich merke, dass ich manchmal auf einer anderen Ebene die Anträge angucke. Mir geht es jetzt im Moment gar nicht um die Stromsparpartner, sondern um das, was auch Kollege Hock angesprochen hat, nämlich die zeitlich befristeten Projekte, bei denen die Crux ist, dass sie eben zeitlich befristet und damit auch finanziell befristet sind - ohne Aussicht auf Zukunft. Das hieße dann wohl, wenn man den Antragstellern folgt, dass die Stadt neue Stellen schaffen bzw. dann vielleicht im Rahmen des dritten Arbeitsmarktes Stellen finanzieren müsste. An dem Konzept für den dritten Arbeitsmarkt wird ja gearbeitet - und hoffentlich nicht mehr so lange.

Zum Projekt selbst: Das ist natürlich sinnvoll, aber es beinhaltet auch, dass immer wieder neue Personen ausgebildet werden, d. h., die Zahl der Stromsparpartner steigt. Logisch müsste man für diese steigende Zahl ständig neue Stellen schaffen. Das ist wahrscheinlich auch von einer Stadt wie Karlsruhe nicht leistbar - oder dann vielleicht doch

über den dritten Arbeitsmarkt, an dem gearbeitet wird und hoffentlich nicht mehr so lang.

(Beifall bei der KAL)

**Der Vorsitzende:** Ich will es noch mal verdeutlichen, und würde Sie noch mal fragen, was jetzt Ihre Zielsetzung ist. Geht es darum, die Stromsparpartner bei der KEK zu erhalten? Dann können wir keine Förderung mehr akquirieren, wie das bisher möglich war. Ich kann jetzt auf die Schnelle nicht abschätzen, ob das über den europäischen Sozialfonds möglich ist oder nicht.

**(Stadträtin Döring/KAL:** Ist auch begrenzt!)

- Wir wissen es nicht.

Dann müssten wir mit städtischen Mitteln dort einsteigen, um dort zusätzliche Stellen zu schaffen.

Zweite Frage: Geht es Ihnen um diese sieben Leute, die dort jetzt schon arbeiten? Dann müssten wir die nach drei Jahren auf alle Fälle auf richtige Stellen setzen, und dann kommen wir auch mit den 125.000 Euro im Leben nicht hin, die da an Kosten für das letzte Jahr stehen. Sie müssten diese Leute dort unbefristet beschäftigen.

Die dritte Frage ist: Geht es Ihnen darum, dass man für einkommensschwache Zielgruppen eine besondere Form der Beratung in Energie macht? Dann würde ich sagen, sollte man die Erfahrungen aus diesen letzten drei Jahren abgreifen und die Stadtwerke ermuntern, hier eine vernünftige Erweiterungskompetenz für diese Zielgruppe zu erwerben.

Ich kann nur warnen, dass Sie hier beschließen, dass wir hier auf alle Fälle diese sieben Leute, egal wo, weiter beschäftigen, nicht auf voller Beschäftigung, sondern auf festen Stellen. Sie sind teilzeit, das ist mir klar. Dann kommen wir mit den 125.000 Euro sowieso nicht hin. Wir schaffen eine Doppelstruktur aus meiner Sicht. Ich sehe im Moment auf keine Möglichkeiten der Stadt, hier finanziell einzustehen.

Ich bin gerne bereit, das in den Ausschuss zu verweisen. Sie müssten uns nur einen Hinweis geben, ob Sie das Thema „Wie kriege ich für diese Zielgruppe die spezifische Beratung hin?“ wünschen, dann würde ich es in den Umweltausschuss verweisen, oder ob Sie sagen, wir müssen dieses Angebot speziell für diese sieben Leute aufrecht erhalten, dann müsste es im Grunde in den Sozialausschuss. Wo möchten Sie es denn hin haben? Der Klimaschutzfonds ist übrigens nicht geeignet, weil der auch schon ausgefüllt wird und ausgefüllt ist.

(Zuruf: Umweltausschuss!)

**Stadträtin Melchien (SPD):** Das sind jetzt zwei attraktive Angebote, Umwelt- und Sozialausschuss. Wir finden beide in dem Bereich eigentlich sehr sinnvoll. Wir würden gerne erst einmal im Sozialausschuss beraten, weil wir es durchaus als soziale Arbeit anse-

hen und im Rahmen des sozialen Arbeitsmarktes aufgehoben sehen. Uns ist nicht wichtig, dass es unbedingt an der KEK weiter angesiedelt ist. Wir sagen nur, hier haben wir endlich mal Arbeitsplätze geschaffen, die uns viel mehr bringen, als wir da investieren müssen. Das wollen wir uns weiter erhalten.

**Der Vorsitzende:** Aber diese Arbeitsplätze können wir so nicht weiter erhalten, weil wir die Bezuschussung nicht bekommen.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Das ist uns durchaus bewusst, und deswegen sind wir sehr gerne bereit, da andere Wege zu gehen.

**Der Vorsitzende:** Dann verweise ich es in den Sozialausschuss, denn da gehört es dann vom Thema Arbeitsplätze her hin. Dann können wir bis dahin alles noch einmal, auch das mit dem europäischen Sozialfonds, vorbereiten und dort diskutieren. Dann verweise ich es in den Sozialausschuss.

Ich würde gerne aber trotzdem das Thema im Aufsichtsrat bei den Stadtwerken ansprechen, dass man sich die Kompetenzen, die inhaltlichen Kompetenzen nicht die personellen Kompetenzen, da noch mal genau anschaut.

- Herr Stadtrat Wenzel, Entschuldigung, ich hatte Sie übersehen.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Das ist nicht schlimm, Sie haben eigentlich ziemlich alles erfasst. Aber ich habe noch etwas Ergänzendes. Das Beispiel zeigt doch, dass man in Zukunft etwas anders umgehen muss mit diesen zeitlich befristeten Projekten. Vielleicht kann man da mal irgendetwas erarbeiten, einen Leitfaden. Den Leuten ist bewusst, dass irgendwann Schluss ist. Ich finde es ziemlich grausam, jetzt eine Entscheidung zu treffen. Da sollte man in Zukunft, bevor man solche Projekte angeht, ein bisschen mit Weitsicht rangehen.

(Unruhe)

**Der Vorsitzende:** Die einzige Alternative zu solchen angeblichen Grausamkeiten wäre, dass wir solche Projekte gar nicht mehr machen. Davor möchte ich ausdrücklich warnen, denn in diesen drei Jahren war das eine hervorragende Qualifizierungsmöglichkeit für genau diese Mitarbeiter. Nur, diese Mitarbeiter müssen sich jetzt mit dieser vorhandenen und zusätzlichen Qualifikation eben anderswo entsprechende Arbeitsstellen suchen. So ist das an der Stelle. Ich habe es schon deutlich gemacht, selbst wenn wir das auf der Sozialschiene weiterlaufen lassen würden, würde es eher um neue Personen gehen, die dann von dieser Förderung profitieren, oder wir müssten diese jetzt im Grunde in fest verankerte Arbeitsverhältnisse übernehmen. Das war nicht Ziel dieses Projektes. Es ist eine schwierige Situation. Die suchen wir uns aber nicht aus, weil wir hier von Finanzierungen durch Dritte abhängig sind. Die sind immer nur projekthaft. Das ist dann immer im Grunde die richtige Frage, Herr Hock, die man sich vorher stellen muss, wie geht man dann an der Stelle damit um.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Nur eine Information. In den letzten Jahren haben wir mehr als 40 Personen dieser Art in der Europäischen Schule gehabt. Es ist uns von der Kommissi-

on verboten, diese in feste Stellen umzuwandeln, weil man sagt, da gibt es außerhalb Arbeitslose, die müssen mit in der Konkurrenz sein. Deshalb müssen wir immer in so einem Fall eine Stelle ausschreiben, so dass auch andere, die wir zufälligerweise nicht kennen, keinen Nachteil haben. So ist die Regel von der Kommission.

**Der Vorsitzende:** Das kommt dann noch dazu. Wenn wir feste Stellen schaffen würden - egal wo -, müssten wir die ausschreiben. Dann ist auch nicht gesagt, dass genau diese sieben Personen da bleiben. Wir haben da an mehreren Stellen einfach eine ganze Reihe von Problemen. Dennoch würde ich sagen, es ist für diese Zeit immer noch besser gewesen, dieses Projekt gemacht zu haben, als das jetzt im Nachhinein in Frage zu stellen. Wir müssen ein Stück weit die Begrenztheit unserer Möglichkeiten an der Stelle auch akzeptieren. Das können Sie im Sozialausschuss alles noch mal thematisieren, auch Ihren Hinweis noch einmal aufnehmen, Frau Luczak-Schwarz, mit dem europäischen Sozialfonds.

**Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU):** Ich hätte zwar den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit als das richtige Gremium angesehen, aber es sind die Antragsteller, die es letztendlich entscheiden. Wenn es im Sozialausschuss behandelt wird, sollten bitte die Punkte, die ich angesprochen habe, mit abgearbeitet werden, insbesondere auch das Thema Konkurrenzsituation mit den Stadtwerken. Ich sehe sie nicht. Ich denke, das ist integrativ zu sehen. Wir müssen uns das einfach noch einmal vertieft anschauen.

**Der Vorsitzende:** Die Punkte nehmen wir auf. Das mit den Stadtwerken als separates Thema fände ich sowieso reizvoll, damit man auch die inhaltlichen Erfahrungen aus diesem Projekt an der Stelle noch mal einspeist und genau diese Frage auch stellt: Gibt es denn Erfahrungen, dass die Stadtwerke vielleicht nicht die geeigneten Personen sind?

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
27. Februar 2014